

GEORGES-HENRI SOUTOU

DIE NUKLEARPOLITIK DER VIERTEN REPUBLIK\*

In den dreißiger Jahren gab es eine internationale Gemeinschaft von Physikern, die die Struktur des Atoms erforschte. Die Franzosen spielten dabei eine wichtige Rolle. Ihr leitender Physiker, Joliot-Curie, und seine Mitarbeiter konnten im Frühjahr 1939 die Prinzipien der Atombombe und des nuklearen Reaktors entwickeln. Nach dem Kriegsausbruch begann die Regierung, Materialien für die Herstellung einer Atombombe zu beschaffen; ein Testgelände war in der Sahara vorgesehen. Die Niederlage vom Juni 1940 bedeutete das Ende dieses Programms. Die wichtigsten Wissenschaftler und Materialien wurden jedoch auf abenteuerlichsten Wegen nach England gebracht und konnten so zu den Anfängen des britischen Nuklearprogramms beitragen.

Nach dem Kriege spielten bei den französischen Fachleuten des wissenschaftlich-technologischen Establishments der Stolz, bei der Nuklearforschung einmal maßgebend gewesen zu sein, und der Wunsch, bald wieder an die Spitze zu kommen, eine große Rolle. Die leitenden Politiker wollten nie wieder ein 1940 erleben, und deshalb sollte Frankreich künftig die modernsten Waffen besitzen. Die Förderung der Wissenschaft und der angewandten Technologie zählt seitdem zu den wichtigsten Aufgaben des Staates. Bekanntlich haben diese Erkenntnisse die Fünfte Republik wesentlich mitgeprägt, doch spürbar waren sie schon vor 1958. Zwischen der Vierten und der Fünften Republik bestehen in dieser Hinsicht zwar Unterschiede, aber auch unleugbare Kontinuitäten.

Im Juli 1944 wurde de Gaulle von drei französischen Physikern, die Mitarbeiter des englischen Atomprogrammes in Kanada waren, über die Tragweite des Manhattan-Projekts informiert. Schon im Frühjahr 1945 (also noch vor Hiroshima) wurde in Paris die Errichtung einer Behörde für die Atomforschung erwogen. Am 18. Oktober des Jahres wurde dann der Commissariat à l'Énergie Atomique (CEA) gegründet. Seine Befugnisse erstreckten sich sowohl auf den Zivil- als auch den Militärbereich. Sie waren wegen der Befreiung von den üblichen Kontrollprozedu-

---

\* Bei dieser Skizze stütze ich mich besonders auf: Spencer Weart, *La grande aventure des atomistes français*, Paris 1980, Bertrand Goldschmidt, *Pionniers de l'atome*, Paris 1983, Institut Charles de Gaulle, *De Gaulle et la nation face aux problèmes de défense*, Paris 1983, und *L'aventure de la bombe. De Gaulle et la dissuasion nucléaire 1958-1969*, Paris 1985, Charles Ailleret, *L'aventure atomique française*, Paris 1968, Lawrence Scheinmann, *Atomic Energy in France under the Fourth Republic*, Princeton 1965, Wilfrid L. Kohl, *French Nuclear Diplomacy*, Princeton 1971, Peter Weilemann, *Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft* Baden-Baden 1983.

ren der französischen Verwaltung hinsichtlich der Finanzen derart umfassend, daß die Entwicklungsmöglichkeiten dieses anfänglich sehr kleinen Kommissariats erheblich waren. Es besteht kein Zweifel darüber, daß de Gaulle die Absicht hatte, sobald wie möglich die Atombombe zu produzieren: Einerseits war dies eine Statusfrage, andererseits war de Gaulle schon Mitte 1945 von der sowjetischen militärischen Überlegenheit in Europa beunruhigt.

Bis 1952 war der CEA mit Grundlagenforschung und dem Bau kleinerer Reaktoren völlig in Anspruch genommen. Sein erster Leiter, Joliot, war gegen jede militärische Anwendung des Atoms; im April 1950 wurde er wegen seiner Tätigkeit im Dienste der Kommunistischen Partei Frankreichs entlassen. Schon 1951 setzten sich zwei Männer für die Ausdehnung der Tätigkeit des CEA auf militärisches Gebiet ein: Félix Gaillard, 1951–1952 für die Atomenergie zuständiger Staatssekretär, und Pierre Guillaumat, 1951–1958 Leiter des CEA. Anfang 1952 wurde ein „Ausschuß für Sonderwaffen“ gegründet, der von Oberst Ailleret geleitet wurde, der später unter de Gaulle die französischen Streitkräfte im Nuklearzeitalter führen sollte. Im Juli 1952 verabschiedete die Kammer für den Zeitraum von 1952–1957 den ersten Entwicklungsplan für Kernenergie.

Es wurde zwar keine Entscheidung getroffen, Kernwaffen zu produzieren, doch das Hauptziel dieses Plans war der Bau größerer Reaktoren, die Spaltmaterial zu militärischer Verwendung erzeugen konnten. Diese Reaktoren sollten mit einer Schnellentladungseinrichtung ausgerüstet werden, die es erlaubte, Uran 238 in Plutonium 239 (statt in das für militärische Zwecke weniger geeignete Plutonium 240) zu verwandeln. Für alle Fachleute lag die militärische Zielsetzung dieser Reaktoren auf der Hand, doch waren sich alle politischen Verantwortlichen wirklich darüber im klaren? Nach außen hin war der Plan von 1952 auf die friedliche Nutzung von Kernenergie begrenzt; die Kommunisten bestritten das allerdings. Wie so oft in der Geschichte, so wurde auch hier die Angelegenheit (mit dem stillschweigenden Einverständnis eines Teils der Verantwortlichen) von einigen zielstrebigen Leuten betrieben, während die übrigen bewußt im unklaren gelassen wurden. Der erste dieser Reaktoren, der 50 kg waffentaugliches Plutonium pro Jahr produzierte, startete 1956 in Marcoule. Die Kraft des Faktischen hatte den politischen Entscheidungsprozeß vorgeprägt.

1953 ging der Kampf hinter den Kulissen weiter. Der EVG-Vertrag von 1952 sah eine Begrenzung der Erzeugung von Plutonium vor (500 Gramm pro Land und pro Jahr), die vom CEA hart bekämpft wurde. Immerhin enthielten die Zusatzprotokolle zum Vertrag, über den Paris 1953 und 1954 mit seinen Partnern verhandelte, Ausweichmöglichkeiten, doch wurden sie als ungenügend betrachtet. In seinem Widerstand fand der CEA die Unterstützung der Gaullisten, die während der ganzen Vierten Republik eine eher verborgen gebliebene, aber wichtige Rolle in der Nuklearpolitik spielten.

Der Drang zu einem Ausbau der Kernenergie für militärische Zwecke wurde 1953, nach Explosion der ersten sowjetischen Wasserstoffbombe und mit Eisenhower's „Atoms for Peace“-Vorschlag vom Dezember des gleichen Jahres, immer stärker. In dem amerikanischen Vorschlag sahen die Franzosen eine Bedrohung der

Entscheidungsfreiheit Frankreichs. (Der CEA hatte damals gerade begonnen, die kritische Masse für eine Nuklearexplosion genau zu bestimmen.) Als Mendès-France im Juni 1954 Ministerpräsident wurde, war das Problem bereits akut. Letzter Anstoß für einen eigenen Weg Frankreichs war wahrscheinlich die Erkenntnis der NATO, daß im Ernstfall in Europa eine massive Anwendung taktischer Waffen erforderlich sein würde; während des Sommers wurde diese neue Strategie den Mitgliedern der NATO zur Debatte vorgelegt. Der Ausschuß der Nationalen Verteidigung (das höchste französische Gremium) tagte am 10. September. Es war allen Teilnehmern klar, daß man die neue Strategie akzeptieren mußte, um so eher würde Frankreich aber eigene Kernwaffen besitzen müssen. Man war der Auffassung, daß die Nuklearstaaten ihre Atomwaffen nicht gegeneinander verwenden und allein die Nichtnuklearstaaten zu einem nuklearen Schlachtfeld werden würden.

Am 30. August 1954 war die EVG gescheitert. Am 11. September empfahl der Generalstab die Gründung einer europäischen Verteidigungsgruppierung innerhalb der NATO. Diese Gruppierung, so die Überlegung, sollte über eine integrierte Atomstreitmacht verfügen, um nicht völlig von den Vereinigten Staaten abhängig zu sein: Frankreich sollte Nuklearmacht werden, würde sich dies alleine aber nicht leisten können. Deutschland sollte der Status einer Nuklearmacht verweigert werden, würde diese Diskriminierung aber vermutlich nicht hinnehmen. Die beste Lösung war nach Ansicht des französischen Generalstabs deshalb eine europäische atomare Integration unter der Führung Frankreichs. In den französischen Diskussionen des Sommers 1954 waren drei Argumentationsstränge eng ineinander verwoben, die erst nach 1958 wieder auseinanderliefen: Kernwaffen galten als Mittel zur Wahrung nationaler Unabhängigkeit, ferner als Mittel der Rückversicherung, falls die Vereinigten Staaten zögern sollten, ihre Waffen gegen die Sowjetunion einzusetzen, und drittens als Mittel zur Förderung der europäischen Zusammenarbeit. Man sah darin keinen Widerspruch: Frankreich sollte die Führung bei den nuklearen Anstrengungen im europäischen Rahmen übernehmen, zum einen um das Gleichgewicht innerhalb der atlantischen Allianz wiederherzustellen, sodann um die Parität mit Großbritannien in der Standing Group zu gewährleisten und schließlich um einen Verlust an Autonomie im Frieden zu verhindern, im Kriegsfall nicht atomar hilflos zu sein. Zwischen der nationalen Nuklearpolitik und der Allianz gab es keine Antinomie, beides ergänzte einander vielmehr.

Ohne Zweifel spielte auch der Faktor der Wiederbewaffnung Deutschlands nach den Pariser Abkommen vom Oktober 1954 eine Rolle. Frankreich wollte dank seiner Atombombe einen Sicherheitsspielraum behalten. Bei der Londoner Konferenz Ende September hatte sich Mendès-France dafür eingesetzt, die nukleare Handlungsfreiheit Frankreichs zu gewährleisten, während Deutschland auf die Bombe verzichtete. Die Westeuropäische Union behielt allerdings das Recht – nach den ersten Atomtests –, die Höhe der nuklearen Vorräte ihrer Mitgliedsstaaten zu bestimmen. Diese Vorkehrung sollte in den sechziger Jahren viel diskutiert werden, doch damals wurde sie nicht angegriffen, weil man in Paris glaubte, ein europäisches Nuklearprogramm sei letzten Endes nur unter Führung Frankreichs denkbar.

Die Pariser Abkommen vom 23. Oktober 1954 veranlaßten Mendès-France, die Sache voranzutreiben. Am 26. Oktober wurde durch geheimen Erlaß ein Ausschuß für die militärische Anwendung der Kernenergie geschaffen. In seiner Rede vor den Vereinten Nationen am 24. November ließ sich Mendès-France nicht dazu herbei, einen Stop von Atomtests vorzuschlagen, obwohl die Sozialisten und viele seiner Mitarbeiter darauf drängten. Mendès-France war inzwischen davon überzeugt, ein Land ohne Nuklearwaffen sei nur zweitrangig. Im übrigen wollte er die Amerikaner nicht mit einem Überraschungsvorschlag irritieren. Am 26. Dezember 1954 fand eine wichtige Sitzung bei Mendès-France statt, deren Ergebnis bis heute umstritten ist. Bei dieser Gelegenheit wurde keine formale, politisch brisante Entscheidung getroffen, vielmehr wurde deutlich, daß die Entwicklung der Kernenergie in Frankreich noch drei oder vier Jahre beanspruchen würde, ehe es möglich sein würde, eine Atombombe herzustellen. Der Beschluß ging dahin, die allgemeine, sowohl für den Zivil- wie für den Militärbereich erforderliche nukleare Infrastruktur sowie die Produktion von Spaltmaterial weiterzuentwickeln und zwei atomgetriebene U-Boote zu bauen. Am 29. Dezember wurde ein Sonderbüro für militärische Angelegenheiten innerhalb des CEA gegründet. Diese Gründung, drei Tage nach der erwähnten Sitzung, ist sehr bezeichnend. Mendès-France wollte keine endgültige Entscheidung treffen, vielmehr Alternativen offenhalten, auch wenn er später – während der Kontroversen in de Gaulles Amtszeit – das Gegenteil behauptete.

In Wirklichkeit aber waren die Weichen jetzt gestellt. Trotz der zurückhaltenden Einstellung von Ministerpräsident Edgar Faure wurde im Mai 1955, unter dem maßgeblichen Einfluß der Gaullisten, ein finanzielles Arrangement getroffen, nach dem der CEA Gelder des Verteidigungsministeriums erhalten konnte. Damit war die materielle Grundlage für den Bau der Bombe gelegt. Zwei Anlässe haben dies noch besonders beschleunigt: die sowjetischen Fortschritte auf diesem Felde und der britische Beschluß, die Wasserstoffbombe zu bauen.

Mit dem Regierungsantritt Guy Mollets Mitte Januar 1956 schien alles wieder gefährdet. Von den Thesen Jean Monnets stark beeinflusst, wollte Mollet auf die Atombombe verzichten, die nukleare Abschreckung den Amerikanern überlassen und die Kernenergie lediglich im Rahmen von Euratom entwickeln. Diese Haltung löste eine heftige Gegenoffensive im Parlament wie im CEA aus, die bis in die Regierung hinein Unterstützung fand. Die Anhänger der Bombe machten geltend, es sei notwendig, Nuklearwaffen zu besitzen, um den nötigen Einfluß in der Allianz ausüben zu können; selbst eine kleinere Zahl von Waffen genüge, um den Gegner abzuschrecken. Damit führte der CEA den Begriff der „Nuclear Sufficiency“ in die französische Debatte ein, um damit den Einwand zu entkräften, Frankreich könne mit den Supermächten ohnehin nicht gleichziehen. Im Mai 1956 wurden die Anhänger der Bombe durch die Nachricht bestärkt, die Amerikaner beabsichtigten jetzt, statt die Sowjetunion im Ernstfalle direkt mit Atomwaffen anzugreifen, einen etwaigen nuklearen Schlagabtausch auf Ost- und Westeuropa zu begrenzen. Still-schweigend war damit in französischer Sicht die Doktrin der „Massive Retaliation“ verlassen. Um so unabdinglicher erschien es für Frankreich jetzt zu sein, eine eigene

Bombe zu besitzen. Einen Monat später wurde beschlossen, das militärische Programm weiterzuführen. Guy Mollet verpflichtete sich vor dem Parlament lediglich, vor 1961 keinen Test zu veranstalten. Außerdem beschloß er die Errichtung einer Anreicherungsanlage, die ausgesprochen militärischen Zwecken diene.

Die sowjetischen Drohungen während der Suezkrise verstärkten das Bemühen Frankreichs, Atommacht zu werden, noch weiter. Am 30. November 1956 wurde der CEA mit der Fertigung von ersten Versuchsbomben und der Vorbereitung der Tests beauftragt. Die Suezkrise löste aber auch großes Mißtrauen gegenüber den Vereinigten Staaten aus. Danach war das Atomprogramm leichter als ein Unternehmen zur Sicherung der nationalen Unabhängigkeit zu rechtfertigen, doch wurde der Rahmen der Allianz deswegen keineswegs verlassen. Statt der weiter gefaßten europäischen Überlegungen der früheren Jahre wurden nun jedoch eher bilaterale Beziehungen, insbesondere zu Deutschland, bevorzugt. Am 6. November 1956, am Tag des Scheiterns des Suez-Unternehmens, wurden beim Zusammentreffen von Adenauer und Guy Mollet wahrscheinlich atomare Angelegenheiten besprochen. Sicher ist, daß Adenauer und Mollet ein Abkommen trafen, um die Satzungen der Euratom im Sinne Frankreichs zu ändern. Zwei Monate später erwogen Verteidigungsminister Strauß und Borugés-Maunoury Möglichkeiten einer Kooperation bei dem Betrieb einer Anreicherungsanlage.

Das britische Weißbuch vom Frühjahr 1957 und die britisch-amerikanische Bermudakonferenz erregten in Paris großes Aufsehen. London wollte mit Unterstützung der USA – auf Kosten seiner konventionellen Verteidigung – sein Abschreckungspotential stärken, da die amerikanische Garantie nicht mehr ganz glaubwürdig schien. Dazu kam der erfolgreiche Start des Sputnik am 4. Oktober 1957. Diese Nachricht bestärkte diejenigen, die glaubten, Atomwaffen könnten nur für höchste nationale Interessen, aber nicht zur Verteidigung eines Alliierten eingesetzt werden. Frankreich sollte seine eigenen Waffen besitzen, um wenigstens als „Zünder“ der amerikanischen Streitmacht wirken zu können. In dieser Zeit wurde der Ausdruck vom „Streichholz am Pulverfaß“ geprägt.

Paris reagierte in zweierlei Richtung. In Anspielung auf erste Erwägungen bei der NATO-Konferenz vom Dezember 1956 schlug Frankreich im Mai 1957 vor, die Amerikaner könnten ihren Alliierten – bei doppeltem Schlüssel – Kernwaffen zur Verfügung stellen. Dieser Vorschlag wurde von Eisenhower im Dezember 1957 aufgegriffen. Félix Gaillard, der damalige Ministerpräsident, war interessiert. Es bestand für ihn kein Widerspruch zwischen amerikanischer Hilfe und der Weiterführung des französischen Programms: Im April 1958 beschloß er, daß die erste Explosion 1960 erfolgen sollte. Die Verhandlungen mit den Amerikanern gestalteten sich aber schwierig. De Gaulle brach sie nach seiner Rückkehr an die Macht ab, weil Washington keine präzisen Angaben über die Ziele der in Frankreich zu stationierenden Waffen machen wollte.

Die andere Richtung, in die Frankreich ging, war der Versuch einer Zusammenarbeit mit Bonn und Rom. Ab April 1957 führte Paris Gespräche über die Errichtung einer Anreicherungsanlage. Am 26. November 1957 besuchte Maurice Faure,

Staatssekretär im Quai d'Orsay, Adenauer. Der Franzose betonte besonders die Konsequenzen der russischen Fortschritte. Durch sie verliere die amerikanische Garantie an Glaubwürdigkeit. Die europäischen Staaten sollten ihre militärische Forschung integrieren, um sich bei den Amerikanern besser Gehör verschaffen zu können. Adenauer antwortete, Deutschland wolle keine Kernwaffen produzieren und die Amerikaner nicht brüskieren, stimmte ansonsten aber mit Faure überein. Im Februar 1958 wurde von den drei Verteidigungsministern Chaban-Delmas, Strauß und Taviani tatsächlich ein Abkommen paraphiert. Dieses Abkommen sah eine finanzielle Beteiligung Italiens und Deutschlands an einer französischen Anreicherungsanlage vor. Doch worin bestand die französische Gegenleistung bei diesem Abkommen? Sollten Italien und Deutschland Zugang zu Atomwaffen bekommen? Diese Frage ist bis heute nicht beantwortet. Es wurde gelegentlich behauptet, Frankreich sei bei diesem Abkommen nur an finanzieller Unterstützung interessiert gewesen. Es kann aber durchaus sein, daß Frankreich wirklich die Führung einer europäischen Gruppe übernehmen wollte, um das Gleichgewicht in der atlantischen Allianz zu stärken. Eine solche Politik hätte dem Sinn der Ausführungen Maurice Faures' in Bonn entsprochen und stünde im Einklang mit den Überlegungen, die wir für die Jahre seit 1954 verfolgt haben. Wie auch immer, die Vierte Republik hatte nicht mehr die nötige Bewegungsfreiheit für eine solche großangelegte Politik, und eine der ersten Entscheidungen de Gaulles im Juli 1958 war denn auch die Aussetzung des Abkommens vom Februar.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß es eine Kontinuitätslinie von der Vierten zur Fünften Republik gibt. Der Nukleartest von 1960 in Reggane wurde schon seit 1952 vorbereitet, und die Grundmuster, auf denen auch die spätere Force de Frappe aufbaute, waren schon vor 1958 entwickelt: die Unteilbarkeit der nuklearen Entscheidung, die Probleme einer Allianz im Nuklearzeitalter, die Konsequenzen des Gleichgewichts zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten für Frankreich, der Begriff der Abschreckung „vom Schwächeren zum Stärkeren“, der Begriff des „Zünders“, die Wirkung der Kernwaffen nicht nur dem Gegner, sondern auch deren Funktion den Alliierten gegenüber. Der Begriff der nationalen Unabhängigkeit ist, insbesondere nach Suez, ebenfalls schon eingeführt. Allerdings verstand man den Begriff der Unabhängigkeit vor 1958 anders als später. Bis 1958 wurde in Paris allgemein angenommen, daß die französische Nuklearanstrengung nur im Einklang mit einer europäischen Kooperation und im Rahmen der atlantischen Allianz ihre volle Wirkung entfalten könnte. Für die Regierung der Vierten Republik schlossen sich nationale Nuklearwaffen, europäische Kooperation und Allianz gegenseitig nicht aus. Die französischen Atomwaffen wurden (genau wie die britischen) als ein Beitrag zur Verteidigung der Allianz im Ernstfall gesehen, schlimmstenfalls kam ihnen die Funktion eines „Zünders“ oder einer Rückversicherung zu. Man betrachtete die französische Waffe im Frieden als Hebel, um an den großen Entscheidungen der Allianz ebenbürtig teilnehmen zu können. Erst später wurde die nukleare Unabhängigkeit zum absoluten Wert, zum Ausdruck des Überlebens einer Nation im nuklearen Zeitalter.